



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/229 - 4.10.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 038 890

Vor der Begegnung Faure-Adenauer	S. 1
Moskauer Bremsen für Pankow	S. 3
Außenminister Brentano vor der amerikani- schen Presse	S. 4

Das Saargespräch in Luxemburg

sp - Die bevorstehende Unterhaltung des Bundeskanzlers mit dem französischen Ministerpräsidenten Faure ist seit längerer Zeit vorgesehen. Ursprünglich sollte sie der gegenseitigen Unterrichtung und Abstimmung dessen, der in Moskau war, mit dem dienen, der diese Reise noch vor sich hat. Das kann nach der vorläufigen Absage der französischen Regierung an den Krenl nicht mehr Gesprächsgegenstand sein. Die Genfer Konferenz aber, die am Montag in Bonn offiziell als Hauptthema genannt wurde, ist seit der Juli-Konferenz der Regierungs-Chefs an die Außenminister abgegeben worden. Über ihre Vorbereitung haben sich auch die Außenminister Brentano und Piney in New York unterhalten. Dazu bedarf es keines Spezialgesprächs zwischen dem westdeutschen und dem französischen Regierungschef.

Bleibt also die Saar-Frage als Kernstück der Unterhaltung in Luxemburg und hier wieder offenbar der Plan Faures, eine gemeinsame deutsch-französische Erklärung für das Saarstatut abzugeben. Woran der französische Ministerpräsident dabei gedacht hat, lässt sich leicht vermuten: an eine Stärkung seiner innen-

4.10.1955

politischen Position, die er gegenwärtig dringend nötig hat. Am Dienstag ist die französische Nationalversammlung in einer Atmosphäre äusserster politischer Spannung zu ihrer letzten Sitzungsperiode vor den Neuwahlen zusammengetreten. Der Beschluss der Regierung, einstweilen nicht mehr an den Beratungen der UNO teilzunehmen, dürfte zwar dem Empfinden der Mehrheit der französischen Volksvertretung zunächst durchaus entgegenkommen. Es fragt sich aber, wie lange man sich in Paris eine Politik der starken Gesten leisten kann, wenn ihr eine entsprechende, in Machtatsachen begründete Stärke der internationalen Stellung nicht mehr entspricht. Auf der anderen Seite hat sich in der Marokko-Frage sehr viel Zündstoff angesammelt.

Faure muss sich nun fragen, ob eine gemeinsame deutsch-französische Erklärung, die sich offen für das Saarstatut einsetzt, angesichts der im Saargebiet vorherrschenden Stimmung für ihn mehr als ein innenpolitischer Augenblickserfolg sein würde. Das so offenkundig und hochoffiziell noch einmal unterstrichene französische Interesse am Saarstatut könnte gerade den pro-deutschen Parteien an der Saar neuen Auftrieb geben. Auch für den Bundeskanzler wäre die Identifizierung mit diesem französischen Interesse am Saarstatut - von der formalen Frage der Einmischung im Sinne des Artikels 6 dieses Statutes ganz abgesehen - ein politischer Schritt von sehr fragwürdigem Wert.

Das müsste der Kanzler eigentlich selbst schon seit längerer Zeit bemerkt haben, zumindest seit seiner Bochumer Rede und ihrem Echo im Saargebiet, wie in den Reihen seiner eigenen Partei. Er hat am letzten Wochenende wieder das Saarproblem in direktem Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer europäischen Integration gebracht. Wenn er jetzt eine gemeinsame deutsch-französische Erklärung für das Statut unterschriebe, so würde er selbst damit klarmachen, wie sehr in der Saarfrage seit Jahren der Begriff Europa zugunsten einer dauernden französischen Vorherrschaft an der Saar missbraucht worden ist. Er würde damit mit der ganzen Autorität seiner Person, die auch im Saargebiet beträchtlich ist, ein wesentliches Argument der Opposition gegen Hoffmann übernehmen.

4.10.1955

Moskau befiehlt Pankow Reserve

EZ - Berlin

Wenn es eines weiteren Beweises bedurft hätte, wie notwendig es nun nach Adenauers Besuch in Moskau und dem neuen Vertrag zwischen Moskau und Pankow ist, für die kommende Außenministerkonferenz deutsche Vorschläge zur Frage der Wiedervereinigung auszuarbeiten und den Konferenzpartnern vorzulegen, so haben ihn die letzten Vorgänge in der Sowjetzone geliefert. Wie sehr aber ein solcher Deutschland-Plan hinsichtlich seiner Erfolgchancen davon abhängt, dass das Problem der Wiedervereinigung und der militärischen Sicherheit für alle neu durchdacht wird, ist für denjenigen, der realpolitisch alle Möglichkeiten zur Lösung der Deutschlandfrage erwägt, zu einer unbestreitbaren Erkenntnis geworden.

Der SED-Chef und stellv. Ministerpräsident Ulbricht war es selbst, der - sicherlich nicht freiwillig - in einer mit Leipziger Arbeitern arrangierten Unterhaltung am Wochenende die politischen Standpunkte des Kreml gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Genfer Verhandlungen der vier Aussenminister in einem interessanten Licht erscheinen liess. In dem geschickt inszenierten Frage- und Antwortspiel vor Leipzig erklärte Ulbricht auf die Frage nach der Bedeutung des neuen Vertrages Moskau-Pankow und der danach von der sowjetzonalen "Volkskammer" angenommenen Verfassungsänderungen im Sinne des Aufbaues einer Nationalarmee und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die "Annahme der Verfassungsergänzung bedeutet nicht, dass wir die Absicht haben, in nächster Zeit die Wehrpflicht einzuführen...".

Was der SED-Chef als "freiwilligen Verzicht" hinzustellen versuchte, ist nichts anderes als eine Anweisung der sowjetischen Regierung. Nichts läge mehr in der gesamten Linie der auf die lang andauernde Beibehaltung des Status quo abzielenden Pankower Politik, als durch Einführung des allgemeinen Wehrdienstes auch legislativ vollendete Tatsachen zu schaffen. Die Moskauer Regierung will ganz offensichtlich vor der Genfer Aussenministerkonferenz nicht über die Schaffung der formalen verfassungsmässigen Voraussetzungen für den Aufbau einer umfassenden sowjetzonalen Streitmacht hinausgehen.

Wenn Moskau trotz des im Zeichen der sowjetzonalen Scheinsouveränität so groß herausgestellten Staatsvertrages mit Pankow hier eine Bremse angelegt hat, so doch wohl nicht zuletzt aus der Erwägung heraus, dass sich durch eine den Westmächtern aufdrängende neue Perspektive des Gesamtproblems "Europäische Sicherheit und deutsche Wiedervereinigung" Möglichkeiten zu einer auch die Sowjets befriedigenden Lösung der deutschen Frage ergeben könnten.

Die im September zu verzeichnende Massenflucht aus der Zone, die nicht zuletzt durch die im Sinne einer allgemeinen Wehrpflicht durchgeführte Verfassungsänderung mitbedingt war, muss der Sowjetregierung über ihre eigenen politischen Erwägungen hinaus deutlich vor Augen führen, auf welcher irrationalen Voraussetzungen eine militärische Souveränität der Sowjetzone aufgebaut wäre. Der Prozentsatz der Jugendlichen unter den Flüchtlingen ist erstmalig auf über 50 Prozent der Gesamtflüchtlingzahl gestiegen. Wie sehr selbst in der Kerntruppe der von Ulbricht geplanten "Nationalarmee" im September die Absetzbewegung bisher einmalige Formen angenommen hat, zeigt die Tatsache, dass allein im September 550 Angehörige der "Volks-polizei" in Westberlin Zuflucht suchten, also eine Zahl, die rund fünf Kompanien ausmacht.

Wäre es angesichts der Pankow von Moskau auferlegten Reserve und der auch von den Sowjets nicht mehr zu ignorierenden Massenflucht aus der Zone nicht dringend notwendig, dass sich die Bundesregierung endlich dazu entschliesst, so schnell wie möglich einen eigenen Deutschland-Plan für die Genfer Konferenz auszuarbeiten, der von allen Parteien des Bundestages befürwortet werden kann?

* * *

Eindrücke von der New Yorker Pressekonferenz

O.L., New York, Anf. Oktober

Die amerikanischen Journalisten sind für ihre scharfen, zugespitzten Fragen bekannt. Wer durch eine amerikanische Pressekonferenz heil hindurchgeht, kann beträchtliches Geschick für sich in Anspruch nehmen. Außenminister von Brentano hat seine Feuerprobe in New York nicht schlecht bestanden, viel besser als andere Nicht-Amerikaner, die man im "feindlichen Feuer" der amerikanischen Presse gesehen hat.

4.10.1955

Aber er unterschied sich sehr deutlich von der gelassenen und menschlichen Freundlichkeit, mit der amerikanische Politiker, die der Presse viel mehr Rede und Antwort stehen müssen: in allen seinen Antworten war ein Unterton von Autorität oder Überlegenheit - Überlegenheit nicht in der Kunst des Antwortens, aber Überlegenheit in den Beziehungen zu den Journalisten. Trotzdem kann man sagen, dass er - was ebenfalls eine Art Ehrenpunkt in einer amerikanischen Pressekonferenz ist - vor der Beantwortung unbequemer Fragen nicht davonlief, obwohl er manchen Zweifel bestehen ließ, und unbequem waren manche der Fragen.

Da war vor allem die Frage, welche Garantien Deutschland in einem europäischen Sicherheitssystem auf sich zu nehmen bereit sei und ob es zu diesem Zweck auch gewisse Beschränkungen akzeptieren würde, Brentano antwortete zunächst allgemein: Deutschland würde dieselben Beschränkungen auf sich nehmen, die andere annehmen würden. Aber dann fügte er hinzu, dass die Bundesrepublik bewiesen habe, dass sie auch andere Beschränkungen annehmen würde, die nicht diskriminierend wären. Und schließlich ging er noch einen Schritt weiter und erklärte, dass die Bundesrepublik in London bei den Verhandlungen über den Komplex der Pariser Verträge "freiwillig" die Verpflichtung übernommen hätte, keine Atomwaffen zu erzeugen - und dass man dies eben als - nicht diskriminierend angesehen hätte. Er liess dabei die Frage offen, was also wirklich diskriminierend sei, wie er denn überhaupt der Frage aus dem Wege ging, welches Sicherheitssystem für beide Teile annehmbar wäre... Das würde in Genf auf der Außenministerkonferenz enthüllt werden...

Eine andere Gruppe unbequemer Fragen bezog sich auf die Moskauer Verhandlungen. Auf dem New Yorker Parkett war Herr von Brentano viel selbstbewusster und selbstsicherer, als er es offenbar in Moskau sein konnte. Warum haben Sie, so fragte einer der unbequemen Journalisten, Ihre Haltung in Moskau ins Gegenteil verändert: als Sie hinkamen, waren Sie gegen die diplomatischen Beziehungen, warum haben Sie dann Ihre Haltung ins Gegenteil verändert?

Brentano war um eine Antwort nicht verlegen. Er meinte, dass die deutsche Delegation durchaus nicht mit der Absicht gefahren sei, die Herstellung diplomatischer Beziehungen nicht zu etablieren. Bis zum vierten Verhandlungstag hätte es überhaupt kein Ergebnis gegeben und erst bei dem Empfang in Kremi hätte Bulganin angedeutet, dass die Kriegsgefangenen zurückkommen würden - wenn die diplomatische Anerkennung erfolge. Wir haben dann, meinte Brentano, am nächsten Tage sehr ernst, sehr eingehend und sehr hart verhandelt... Und dann hatte man sich geeinigt. Was in Wahrheit nur zeigte, dass die deutsche Delegation ihre Taktik in der Tat änderte. Aber Brentano hielt in seiner Antwort die von der amerikanischen Presse längst nicht mehr geteilte Doktrin aufrecht, dass die Vertreter der deutschen Bundesregierung in Moskau den starken Mann gemacht hätten. Er hatte für diese Behauptung in New York zwar auch die entsprechende äußere Haltung - aber überzeugend wirkte er in diesem Punkt trotzdem nicht.

Immerhin zeigte Brentanos Gewandtheit und Selbstsicherheit selbst auf dem gefährlichen Parkett einer Pressekonferenz in New York, dass es leichter ist, sich auf diesem glatten Boden elegant zu bewegen als - in Moskau erfolgreich zu verhandeln.

* * *

Regierung Högner macht Ernst

-er. Die bayerische Koalitionsregierung Högner versprach bei ihrem Amtsantritt Klarheit in den unübersichtlichen Dschungel von veralteten Gesetzen und Verordnungen zu schaffen, mit denen niemand etwas anzufangen weiß, aber als Ballast schwer auf Bürger und Behörde lasten. Diese Riesenarbeit trug bereits nach 6-monatiger Dauer die ersten den Staatssäckel erleichternden Früchte. 175 Bände mit über 110 000 Seiten, die erlassene Gesetze und Verordnungen vom Jahre 1803 bis zum Jahre 1954 enthielten, waren zu überprüfen. Dabei stellte es sich heraus, dass von den 1 873 in diesem Zeitraum erlassenen Gesetzen nur noch 400 gültig sind, von rund 10 000 Verordnungen gelten nur noch 2000. Auch diese Zahl dürfte sich im Laufe der weiteren Überprüfung noch um ein Beträchtliches verringern. Die Arbeit erstreckt sich jedoch nicht nur auf die Sichtung und Ausscheidung überflüssiger Gesetze, vor allem soll auch eine Vereinfachung in der Verwaltung erfolgen. So wurden 260 Planstellen eingespart, die Stellen von 300 Strafvollzugsbediensteten abgebaut, 78 Gefängnisse und zwei Jugendarrestanstalten geschlossen, sowie mehrere Stationen der Land- und Grenzpolizei zusammengelegt.

Der geplagte Staatsbürger vernimmt solches mit Freuden. Wann werden Bund und andere Landesregierungen diesem bayerischen Beispiel folgen?

Verantwortlich: Peter Raunau